

# Schuhmacher-Fachblatt

## Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Herberkasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 4      Erscheint jeden Sonntag.      Gotha, 27. Januar 1918      3. Jahrgang      32. Jahrg.  
Abonnementspreis: Nr. 1.— für das Vierteljahr.      (Telephon: Nr. 174.)      Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

### Inhaltsverzeichnis.

**Einheitsstiefel, fester Preis und Lohnfrage.** — Die Arbeitslosigkeit im vierten Quartal 1917. — Aus dem Ledergewerbe. — Der Volksschuh in der Schweiz. — Aus unserem Beruf. — Was vorgeht. — Ein sozialpolitisches Gewerkschaftsprogramm. — Spiegel der Gewerkschaftsarbeit. — Niederschrift. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Zentral-Franken- und Herberkasse der Schuhmacher Deutschlands.

**Beilage:** Für unsere weiblichen Mitglieder: Weibliche Mitglieder in den Sektionsvorständen. — Selbstbestimmtheit und Klasseninteressen gegen das Frauenwahlrecht. — Für das Frauenwahlrecht. — Bürgerliche deutsche Frauen für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsverbrechen. — Für das Frauenwahlrecht. — Das Frauenwahlrecht angenommen. — Eine Frau als Unterstaatssekretärin in Rußland. — Eine Frau als Vertreterin der russischen Regierung bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. — Literarisches.

**Feuilleton:** Der Waldtag.

rufen und es so darzustellen, als ob sie nicht mehr bezahlten dürfen oder als ob sie diese höheren Löhne aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müßten.

Wo solche Verusche gemacht werden, sind sie mit allem Nachdruck zurückzuweisen. Unter keinen Umständen dürfen sich unsere Kollegen in der gegenwärtigen teuren Lohnverregulierung gefallen lassen. Sollten Fabrikanten trotzdem auf einer Lohnkürzung, aus oben angegebenen Gründen bestehen, dann sind alle Mittel, evtl. auch das der Arbeitsverleugung, anzuwenden, um die Lohnreduzierung zu verhindern.

J. Simon.

### Die Arbeitslosigkeit im vierten Quartal 1917.

Ueber die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1917 berichteten 173 Zahlstellen mit 17171 Mitgliedern. Aus 10 Orten mit 893 männlichen und 129 weiblichen (zusammen 522) Mitgliedern gingen trotz Nachzug keine Berichte ein. Unter Heranzurechnung der Einzelmitglieder der Hauptstoffe und der Bezirke ergibt sich eine Mitgliederzahl von 9934 männlichen und 7845 weiblichen (zusammen 17779) Mitgliedern. Die weiblichen Mitglieder steigerten sich vom 3. zum 4. Quartal 1917 um 692. An männlichen Mitgliedern hatten wir wiederum einen Verlust von 52. Ursache dieses Verlustes dürften auch diesmal Militärereignisse sein. Verlust von Zunahmen abgerechnet, ergibt die oben verzeichnete Mitgliedersteigerung von 640. Gegenüber dem 4. Quartal 1916 haben wir einen Mitgliedererwachs von 766 Mitgliedern. Seit Kriegsbeginn verminderte sich die Mitgliederzahl um 26741 oder 58,9 Prozent.

wurde ein Gerbstoff Nerabol verwendet, dessen amtlich beglaubigte Anwendung das Leder so brüchig machte, daß es unter den Fingern zerfiel. Auch heute würden von diesem Mittel 10 Prozent den anderen Gerbstoffen beigemischt. Mit den zur Lederbereitung notwendigen Fetten werde ein unverdorbener Bucher betrieben. Die Gerbereien bezögen das Öl durch die Abtötung der Kriegerleder-Aktien-Gesellschaft für Öle und Fette und müßten für das Pfund Fett, das im Einkauf nur eine Mark koste, acht bis neun Mark bezahlen. Eine ungefähre Preispolitik habe dazu geführt, daß trotz überreichen Anlaufes von Gerberinnen diese Gerbereien sich überhaupt nicht einkunden konnten. Dabei sei für 1918 wieder ein Gerbstoffmangel zu befürchten. Troßdem sei man in der Kriegerleder-Aktien-Gesellschaft allen sachkundigen Vorschlägen gegenüber unzugänglich.

Die deutsche und die bayerische Lederindustrie vor allem Wert darauf, Einblick in die Finanzverhältnisse der Gesellschaft zu bekommen und vor allem Auskunft über die Verwendung des sogenannten fünfzigprozentigen Sicherheitsfonds zu erhalten. Infolge dieser Mißstände gehen die Forderungen der bayerischen Interessenten dahin, daß die Vorräte der Heeresverwaltung auf das Notwendigste beschränkt und die bayerischen Häute den bayerischen Gerbereien überlassen werden. Es wird ferner verlangt, daß, wenn die Sonderbewirtschaftung für Bayern nicht möglich sein sollte, wenigstens eine eigene Abteilung für Bayern geschaffen wird, und zwar mit dem Hauptsitz in der Stadt Bamberg in der Rheinpfalz.

### Einheitsstiefel, fester Preis und Lohnfrage.

Von einer Reihe von Orten erhalten wir die Mitteilung, daß Schuhfabrikanten die Löhne kürzen oder solche Lohnkürzungen ankündigen, weil angeblich durch Einführung der Preise beim Einheitsstiefel ein niedrigerer Lohn in die Kalkulation eingestellt sei als wie sie selbst bezahlten. Da ein Teil dieser Fabrikanten sogar die Behauptung aufstellt, daß sich Schuld an den niedrigen Kalkulationslöhnen sei, die Kollegen könnten sich daher bei mir für die Lohnreduktion bedanken, ist es notwendig, folgendes festzustellen:

Als im Ueberwachungsaußschuß der Schuhindustrie zum ersten Mal der Gedanke erwogen wurde, für die einzelnen Sorten Schuhwaren feste Preise einzuführen, habe ich sofort erklärt, daß das nur möglich sei, wenn auch feste Löhne eingeführt werden und regte den Abschluß eines Tarifvertrages ähnlich wie beim Militärrohmaterial an. Von den übrigen Herren im Ueberwachungsaußschuß wurde auch anerkannt, daß diese meine Forderung berechtigt sei. Die drei Arbeitervereine haben inzwischen auch einen Tarifvertrag entworfen, der Fabrikantenverband hat einen Gegenentwurf gemacht und soll am 28. Januar über diese Entwürfe zwischen den Unternehmern und Arbeiter-Organisationen verhandelt werden.

Anzweifeln wurden aber für einen Teil der Schuhwaren ein fester Preis mit Rohmaterial, Einheitsmodell und Einheitspreis festgesetzt. Bei der Preisfestsetzung ist nun so verfahren worden, daß eine genaue Kalkulation gemacht wurde über die Kosten des Rohmaterials, der Untkosten und der Löhne. Alle jene Fabrikanten, die innerhalb des Rohpreises dieser festgesetzten Preisalkulation bleiben, diese nicht überschreiten, brauchen keinen Nachweis zu erbringen, daß die Ausgabe für Rohmaterial und Untkosten haben. Wenn sie also günstiger einkaufen, als in der Kalkulation angenommen wurde, wenn sie infolge Vermehrung der Produktion den Untkostenfuß herabdrücken, so ist das ihr eigener Vorteil. Es ist nun selbstverständlich, daß bei einer solchen Preisalkulation nicht die höchsten Löhne eingestellt werden dürfen, da ja sonst alle jene Fabrikanten, welche geringere Löhne als wie in der Preisalkulation festgesetzt, zahlen, noch einen ganz besonderen Vorteil hätten. Es wurden daher nicht die höchsten Löhne eingestellt, es ist aber ausdrücklich bestimmt worden, daß diejenigen Fabrikanten, die nachweislich höhere Löhne bezahlen als wie in der Preisalkulation festgesetzt, ihre Preise um diesen höheren Lohnsatz über die durch die Kalkulation festgesetzte Preisalkulation erhöhen können. Nur müssen diese Fabrikanten nachweisen, daß sie auch wirklich höhere Löhne bezahlen. Die Unternehmer haben daher kein Recht, aus diesem Grunde die Löhne zu reduzieren und noch weniger ein Recht, sich dabei auf die in der Kalkulation festgesetzten Löhne zu be-

ruhen und in diesem Verlust eingerechnet. Der Verlustprozentfuß ist im 4. Quartal 1917, wiederum um 1,1 Proz. gesunken. Das heißt: vom 1. Quartal 1917, wo die Höchstziffer mit 61,2 Proz. verzeichnet wurde, auf 60,1 Prozent im 2. Quartal auf 60 Prozent im 3. Quartal und auf 58,9 Prozent im 4. Quartal 1917. Am letzten Arbeitstage der 13. Quartalswoche befanden sich 192 arbeitslose Mitglieder am Ort und keines auf der Durchreise. Am Schluß der 8. Quartalswoche befanden sich 104 arbeitslose Mitglieder am Ort und 2 auf der Durchreise. Am Schluß der 4. Quartalswoche befanden sich 121 arbeitslose Mitglieder am Ort und 1 auf der Durchreise. Auf je 100 Mitglieder entfallen demnach am Schluß der 4. Quartalswoche 0,8 Prozent, am Schluß der 8. Quartalswoche 1,2 Prozent und am Schluß der 13. Quartalswoche 1,1 Prozent arbeitslose am Ort waren im Laufe des Quartals 186 männliche und 240 weibliche (zusammen 396) Mitglieder.

Die an den Stichtagen ermittelte Zahl der Arbeitslosen am Ort verteilt sich auf 29 männliche und 92 weibliche Mitglieder am Schluß der 4. Quartalswoche, auf 27 männliche und 79 weibliche Mitglieder am Schluß der 8. Quartalswoche und auf 63 männliche und 129 weibliche Mitglieder am Schluß der 13. Quartalswoche.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im 4. Quartal 1917 betrug 6495. An männlichen Mitgliedern kam in 111 Fällen für 1432 Tage der Betrag von 5650,45 Mk., an weiblichen Mitgliedern in 116 Fällen für 2885 Tage der Betrag von 1761,06 Mk. zur Auszahlung. Reiseunterstützung erhielten im 4. Quartal 1917 7 männliche und 1 weibliche Mitglieder für 21 Tage 21,00 Mk.

Die Gesamtsumme an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, welche im 4. Quartal 1917 zur Auszahlung gelangte, beträgt somit 7432,50 Mk.

Richtberichter haben die Zahlstellen Augsburg, Düsseldorf, Freiburg i. B. Schw. Gemünd, Kirchheimbolanden, Mannheim, Rastatt, Würzburg, Zwenkau und Zwönitz.

### Aus dem Ledergewerbe.

Schwere Vorwürfe gegen die Kriegerleder-Aktien-Gesellschaft in Berlin wurden in der bayerischen Abgeordnetenversammlung erhoben. Es wurde betont, daß statt des Ausbaues der Lederorganisationen auch in der Lederbewirtschaftung wieder zentralisiert wurde, ohne daß Kaufleute an die Spitze des Unternehmens gestellt worden wären. Daneben sei eine ungeheure Schädigung des knappen Materials durch die jegliche Art und Weise der Verarbeitung festzustellen. So

### Der „Volksschuh“ in der Schweiz.

Die Begleiterscheinungen des Krieges in den kriegsführenden Ländern, wie enorme Kreuzerung, Mangel und Not, zeigen sich auch in den neutralen Ländern. Das gilt auch für die Schuh- und Lederindustrie. Die schweizerische Schuhindustrie war auf die Lederzufuhr, die Gerberei auf die Häutezufuhr angewiesen und in beiden Beziehungen brachte der Krieg empfindliche Störungen und Störungen. Dem Häutemangel half der schweizerische Bundesrat zum Teil ab durch die Verordnung, daß nur Rohhäute ausgeführt werden dürfen, die über den Bedarf der schweizerischen Gerbereien hinaus verfügbar bleiben, wobei es sich natürlich um keine erhebliche Menge mehr handelte. Die schweizerische Gerberei, die vor dem Kriege sehr unter der erdrückenden Konkurrenz der deutschen Lederindustrie gelitten hatte, vermehrte nun ihre Produktion in bedeutendem Maße und mit glänzenden Gewinnen. Die blühende Kriegskonjunktur brachte in dem einen und andern Gerberbetriebe auch der Arbeiterchaft sühbare Lohnverhöhungen und Kreuzerungszulagen, aber wegen des Mangels einer allumfassenden Organisation der Gerberarbeiter in der schweizerischen Lederarbeiterverband konnten bisher noch nicht alle möglichen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herausgeholt und auch für die kommende Friedenszeit als dauernde Errungenschaften gesichert werden.

Die Lage der schweizerischen Schuhindustrie gestaltete sich glänzend infolge des Ausbleibens der früheren Waffeneinfuhr ausländischer Schuhwaren, während andererseits die Ausfuhr zu den höchsten Kriegspreisen und Kriegsgewinnen offen stand und längere Zeit hindurch auch geradezu forciert wurde. So stieg 1916 die Ausfuhr auf 88 Mill. Franken gegen 20 1/2 Mill. Fr. in 1914 und fiel andererseits die Einfuhr von 8,66 Mill. Fr. in 1914 auf 1,92 Mill. Fr. in 1916. Diese Situation hatte eine gewaltige Verteuerung der Schuhwaren zur Folge, zunächst schon in der Fabrik und soham in Schuhhandel. Namentlich im letzten sind Gauerereien vorgekommen wie bei Schuhhändlern in den kriegsführenden Ländern. In Schuhhänden wurden Schuhpreise einfach um den doppelten Betrag oder noch mehr erhöht und so mittellos glänzend erfolgreiche „Gewinnbewegungen“ durchgeführt, denen gegenüber alle Lohnbewegungen der Arbeiter, auch die erfolgreichsten, von untergeordneter Bedeutung sind. Eine vom Bundesrat angeordnete Preiskontrolle in 100 Schuhhandlungen an verschiedenen Orten konnte in der Tat Schuhmacher bis zu 100 Prozent feststellen und dabei bleiben erst nach die andern, weit über 2000 glänzenden Schuhhandlungen unkontrolliert, von denen vieleicht manche noch mehr als mit 100 Prozent wucherten. Dieser verbrecherische Schwacher eines launischen Gaunertums wie auch die infolge der vermehrten Einfuhrschwierigkeiten drohende Ledernot haben den Bundesrat zu

Einführung des sogenannten „Volksfuß“ veranlagt, wobei die „Lebener Arbeiter-Zeitung“ weiter be-  
achtet: Der „Volksfuß“ mit Höchstpreisen soll also preis-  
begünstigter werden. Zu diesem Zweck hat Bundespräsident  
Schulthess ein längeres gedrucktes Rundschreiben an die  
Schuhhändler verfaßt, in dem von diesem verlangt wird,  
daß sie auf sämtlichen Schuhgeschäfteln den Verkaufspreis  
deutlich aufschreiben, bei alle Auslagen an Frachten, Spesen  
und eventuelle Rabattverträge enthalten soll. Es müssen  
ferner Kontrollkärtchen angelegt werden, aus denen der Ein-  
gang der Fakturen der Waren, der Name des Lieferanten  
und der Verkaufspreis deutlich ersichtlich sind, und den amt-  
lichen Kontrollorganen ist in diese Bücher jederzeit Einblick  
zu gestatten. Wenn notwendig, sollen weitere und strengere  
Maßnahmen ergriffen werden.

Der „Volksfuß“ soll in zwei Typen hergestellt wer-  
den: geschraubte Crocus-Artikel für Männer, Knaben, Männer  
und Frauen, Vorkauf, Wildschafelbinder-Artikel für Kinder  
und Männer. Ursprünglich war auch als 3. Typ ein höherer  
„Volksfuß“ aller Größenklassen vorgesehen, aber in diesem  
Artikel besteht bereits genügende Fürsorge.

Umselbstständig Schuhfabrikanten haben sich bereit er-  
klärt, den „Volksfuß“ zu möglichem Preis und in einem  
monatlichen Gesamtquantum von rund 35 000 Paar zu liefern.  
Unser Sekretär verlangte in der Konferenz vom  
21. Oktober ausdrücklich die Zusage, daß nicht der „Volks-  
fuß“ mit angeblich geringerem Fabrikationsgewinn zu  
Lehrdrückereien mißbraucht werde, was ihm von der Ver-  
tretung der Schuhfabrikanten auch zugesichert wurde.

Anschließend der Konferenz vom 21. Oktober war im  
Bundeshaus eine Ausstellung der Muster-„Volksfüße“,  
insgesamt gegen 100 Paar aufgestellt, darunter auch solche  
aus schönem Vorkauf. Die Musterfüße zeigten durchaus  
gutes Oberleder. Die Sohlen und Absätze waren an vielen  
Paaren naturfarben und durchweg mit eisernen Nägeln  
beschlagen. Neben geschraubten waren auch hölzernen  
Schuhe aufgestellt. Die Absätze sind möglich hoch, wohl nur  
ausnahmsweise über 3 Zentimeter, die Form ist meist die  
amerikanische.

Die Musterfüße machten durchweg guten Eindruck,  
und wenn die Lieferungen auch so ausfallen, wird der  
„Volksfuß“ ein solider Schuh sein!

Zur Verteilung der Volksfüße ist von Schuhgroßhänd-  
lern eine Aktiengesellschaft mit 1 Mill. Franken und mit dem  
Sitz in Olten errichtet worden. Das Anlagekapital wird  
mit 6 Prozent verzinst und ein weiterer Gewinn soll nicht  
gemacht werden. Wenn bei der Auflösung der Gesellschaft  
ein Gewinn vorhanden sein sollte, so ist er dem Bundes-  
rat abzuliefern und zu gemeinnützigen Zwecken zu ver-  
wenden. Die Gesellschaft steht unter der Aufsicht des  
Bundesrates.

Die Verteilung der Volksfüße unter dem Detail-  
handel dürfte im Februar erfolgen und dann Mitte dieses  
Monats mit ihrem Verkauf begonnen werden.

Während für die Volksfüße von dem in Bern er-  
richteten Volksfuß-Bureau Höchstpreise festgesetzt werden,  
werden die meisten andern Schuhwaren als „Luzusfüße“  
erklärt, mit denen der Schuhhandel unbeschränkter Preis-  
und Gewinnmache treiben kann, eine durchaus unbedenk-  
liche Regelung der Schuhpreisverhältnisse. Der Preis-  
und Warenwucher sollte grundsätzlich und ausnahmslos  
auch gegenüber den Reichen ausgeschlossen sein. Als Luzus-  
füße hat der Chef des Volkswirtschaftsdepartements,  
Bundesrat Schulthess in Bern, erklärt: Chevreau-Artikel,  
alle farbigen Vorkauf, und Lederschuhe, Damenschuhe  
mit einer Sohle von 18 Zentimetern und mehr, Schuhe  
mit Stoffeinsatz sowie Berg- und Sportschuhe aus Chrom-  
leder. Der Rahmen für Luzusfüße ist damit zum Nutzen  
der Schuhhändler weit gezogen, aber die gemöhnlichen  
durchgehenden und rahmengenähten Vorkauf-Artikel, wie  
sie bisher von der Arbeiterklasse und dem sogenannten  
Mittelstand, und zwar von beiden Geschlechtern getragen  
wurden, sind außer dem Rahmen der Luzusfüße und damit  
auch dem Bereiche unbeschränkter Preistreiberei ge-  
lieben.

Der schweizerische „Volksfuß“ wird also kommen,  
aber wenn auch der Frieden bald kommt, werden wir auch  
in dieser Beziehung wieder zu normalen Verhältnissen zu-  
rückkehren.

### Aus unserem Beruf.

12.50 Mk. für Sohlen und Absätze gerichtlich aner-  
kannt. In einem Fall angeleglicher Preissteigerung wurde  
von einem lippischen Amtsgenossen der Beweis erbracht, wie  
teuer sich das Befehlen des Schuhzeuges mit dem Wert  
nach doch fragwürdigen Gummierohstoffen stellt. Einer  
Frau, deren Ehemann im Felde ist, wurde von einem als  
Schuhmacher tätigen Verwandten für das Befehlen von  
einem Paar Rinderschuhchen mit Gummisohlen und  
Absätzen für 12.50 Mk. oberlangt. Der Angeklagte sollte  
sich dadurch der übermäßigen Preissteigerung schuldig ge-  
macht haben. Er erklärte, die Schuhe seien total aufgerissen  
gewesen, er habe nicht nur Gummisohlen und Absätze dazu  
geliefert, sondern auch Brandsohlen und Lederkappen ein-  
gelegt und einen Tag daran arbeiten müssen, um sie wie-  
der gebrauchsfähig zu machen. Natürlich müsse er gegeben,  
daß er als Richteramt entsprechend länger daran habe  
arbeiten müssen. Der als Sachverständiger Obermeister er-  
klärte, daß es einem gelerntem Schuhmacher für diese Arbeit  
9 Mk. mindestens zuzulassen. Er gab allerdings zu, daß  
diese sogenannten Gummierohstoffen auf längere Haltbar-  
keit keinen Anspruch machen könnten. Der Angeklagte

konnte einer übermäßigen Preissteigerung im Sinne des  
Beleges nicht schuldig gesprochen werden. Deshalb erfolgte  
seine Freisprechung.

Entweder freiwillige Schuhmacherarbeit oder Hilfs-  
dienstpflicht. Der Magistrat in Nordhausen (am Harz) for-  
dert die hilflosdienstpflichtigen Schuhmacher auf, mitwe-  
stens zehn Paar Schuhe wöchentlich für die Fierlings- und  
Rohstofflosenheit auszubessern, wödrigenfalls ihre ganze  
Arbeitskraft dem Hilfsdienst ausgab gemacht wird und sie  
in gemeinschaftlicher Werkstatt zu arbeiten haben.

Aus der Kriegselektrowirtschaft. In die Schuhmacher  
gelangt dieser Tage wieder Bodenleder zur Verteilung und  
zwar als 11. und 12. Verteilung. Auf den Kopf des Ar-  
beiters kommen 4 Kilogramm. Der jedoch nicht gleichzeitig  
Erfolgloshen über nimmt, wird in Zukunft ausgeschlossen.  
Der Erfolgloshengemeinschaft ist auch die Verbringung der ge-  
samten Schuhindustrie und des Schuhmacherhandwerks  
mit Belegschaften und Schuhmaterial aus Gien übertragen  
worden. Für die Beschaffung und Verteilung von Leder  
und Schmalze sind die Bestimmungen bereits erlassen.

Preisoberbühung für Lederarbeiten. Die Richtpreise der  
Wienstreigebirge sind erhöht worden, und zwar bereits  
ab 1. Dezember. Sie laugen jetzt 22.50 Mk für Riemen  
aus nicht nachgestrichelten Bahnen, 28 Mk. aus nachgestrich-  
elten Bahnen und 28 Mk. aus zwar nicht nachgestrichelten  
Bahnen, aber höher, öl- und wasserbeständiger getrimmter Leder,  
28 Mk. für das Kilogramm Spezialriemen. Der Be-  
zug für Rund- und Korbbelchur sind ebenfalls verändert.  
Röh- und Binderriemen kosten 17 Mk. und Schlagriemen  
ebenfalls 17 Mk. das Kilogramm.

### Was vorgeht.

Das deutsche Volk, Europa, die ganze Welt steht vor  
folgenden Ereignissen und Entscheidungen. Ereignisse,  
die tief eingreifen in die soziale und wirtschaftliche Gestal-  
tung all unserer Verhältnisse. Entscheidungen, die der Bül-  
ter Beschlüsse entweder in die Bahnen freundschaftlicher und  
veröhnlicher Beziehungen oder in einen neuen Strudel  
nationaler Verheerung führen, einen neuen Weltkampf sollen  
Wettstreitens einleiten und damit auch schon wieder den Keim  
zu neuen Kriegen legen können, die noch das gegenwärtige  
fürchterliche Nord und Vernichten ein Ende gefunden hat.  
Treiben uns die Verhältnisse in diese Bahnen hinein, dann  
ist auf unabsehbare Zeit nicht an eine wirtschaftliche Gesun-  
dung zu denken, dann kann das Volk die Hoffnung fahren  
lassen, in entsprechender sozialer Einrichtungen eine gewisse  
Erleichterung in den durch den Krieg bedingten wirtschaft-  
lichen Lasten zu finden. Dann stellt es nach dem Kriege erst  
recht an Mitteln für die Lösung sozialpolitischer und kultu-  
reller Aufgaben, dann ist das Volk bei harter, schwerer Ar-  
beit zu der kümmerlichsten Lebenshaltung verurteilt, weil  
dann der Militarismus noch viel mehr Opfer verlangt als  
bisher schon. In Verbindung dabei steht die innerpolitische  
Entwicklung, die Gestaltung unseres Berufslebens. So ge-  
ht die einem Berufsangehörigen selbständigen Wächte, dann  
ist die Reaktion auch der fast unbeschränkte Herr im Lande.  
Dann gibt es keine Erweiterung der politischen Rechte, dann  
ist an eine freibleibende Ausgestaltung des Vereins- und Ver-  
sammlungsrechts nicht zu denken. Dann wird die Beweg-  
ungsfreiheit der Arbeiter noch mehr als bisher eingezogen;  
alles Ideale erst dann in nationalistischen Treibern und  
im allüberall entsetzten Nationalsozialismus, der die  
besten Kräfte von Generationen vergeudet und wieder enden  
muß in einem schauerlichen Völkerverbub.

Es ist notwendig und wichtig, daß unsere Kollegen über  
all die dabei in Betracht kommenden Vorgänge und ihre Zu-  
sammenhänge unterrichtet werden. Aus diesem Grunde  
wollen wir laufend unter der Rubrik „Was vorgeht“ die  
wichtigsten Ereignisse verzeichnen und nach Möglichkeit ihre  
tiefen Ursachen und ihre Wirkungen hervorheben lassen.  
So erhalten auch jene Kollegen, die nicht Zeit und Gelegen-  
heit finden, täglich eine oder mehrere Tageszeitungen zu  
lesen, wenigstens ein Bli von den Zeitereignissen, zu denen  
sie als Gewerkschafter Stellung nehmen müssen.

Die brennendste Frage, die die Völker bewegt, ist die  
der Beendigung des Krieges. Die Diplomaten können kei-  
nen Frieden der Verantwortung keinen Frieden herbeifüh-  
ren, der nicht zu neuen Erbitterungen und völkerverwundenden  
Rüstungen in allen Ländern zwingt. Darum muß der Wille  
der Völker die Regierungen veranlassen, einem Frieden zu-  
zustreben, für den die russische Revolution den Grundlag:  
keine Annexionen, keine Entschädigungen, Selbstbestim-  
mungsrecht der Völker! aufgestellt hat.

Aber in allen Ländern hegen die Macht- und Erober-  
ungspolitiker zur Fortsetzung des Menschenhächstens: sie  
alle wollen einen Machtfrieden, um den Untertanen  
bedrückende Lasten und Verpflichtungen auferlegen zu können.  
Fordern doch unsere Vorkämpfer nicht nur die Annexion  
von Kurland, Estland, Litauen und Teile Polens, sie wollen  
auch noch von Frankreich Städte losreißen und Belgien als  
deutschen Besitz erklärt wissen. In der Versammlung der  
westpreussischen Abteilung des Bundes der Landwirte in  
Marienburg erklärte Freiherr v. Wangenheim:

„Der Staatsmann, der einen Frieden ohne Kriegs-  
schädigung abschließt, muß als Landesverräter erforschen  
werden.“

Herr v. Oldenburg-Jamuschau aber äußerte sich dahin:  
„Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter sich weigern  
sollten, für den Herbeiführung zu arbeiten, dann müßte  
man sie zur Arbeit zwingen und ihre Forderungen, die er

als Hundstötter bezeichnete, müßte man an die Wand  
stellen und erschließen.“

Und in einer Verammlung der Alldeutschen in Mü-  
chen rief einer der streitbaren Annexionisten: „Erschle-  
hen sollte man den Kerl“, damit war Behnmann  
hölzern gemeint. In einer Versammlung der sogenannten  
Landspartei in Stuttgart behagte der Professor und Staats-  
rechtslehrer Hed gegen die Reichstagsmehrheit und forderte:  
„Hangt sie auf!“

Gewaltspolitik nach innen und außen! Das ist die Frie-  
densarbeit unserer Kräftestreiber. Und wer sind das? Groß-  
industrielle, Kapitalisten und Großgrundbesitzer, in deren  
Gefolgschaft ein häßliches Oberheer marschiert. Das sind  
Leute, die sich an Annexionen bereichern wollen und die  
durch einen Gewaltfrieden der Reaktionen in Deutschland ein-  
dauernde Grundlage zu geben hoffen, damit ihre Vorrechte  
nicht angetastet werden können.

Diese Leute suchen auch Arbeiter für ihre wahnwitzigen  
Pläne einzulagern. Man erklärt, nur bei Annexionen und  
Kriegsentwürdigungen könne Deutschland wirtschaftlich we-  
ter bestehen. Ein sogen. Verzichtsfrieden bedeute Armut und  
Not. Wie steht es damit? Hat etwa die Annexion Est-  
lands die deutschen Arbeiter Vorteile gebracht? Die ge-  
brauchten Waren sie Kaufpreise der Weltmarktpreis-  
niveau? Die Kriegsentwürdigung ergab sich in der  
Gründerperiode der 70er Jahre schnell in die Geldkrise der  
Kapitalisten; es folgte eine Zeit der Krise, mit unfaß-  
licher, lang andauernder Arbeitslosigkeit und erheblichen Lohn-  
senkungen.

Das die eine Seite! Die andere war die: Um den Welt-  
Erfolgstrugungen zu sichern, mußte gerüstet werden. Mil-  
lionen auf Millionen wurden diesem Zwecke geopfert. Das  
Balken des Bern, was ganz Europa-Vertrug wert ist, hat  
das deutsche Volk an Rüstungsausgaben aufbringen müssen.  
Und Deutschlands Rüstungen spornen zu gleichem Vorgehen in  
Frankreich an; andere Länder folgten den Spuren. So kam  
das Weltkrieg in Fluß, das Kulturarbeit, sowie den Aus-  
bau der Sozialpolitik verminderte und schließlich zu dem un-  
seligen, Europa kulturell und wirtschaftlich um Generationen  
zurückwerfenden Kriege, der schon viele Millionen von Men-  
schen vernichtet, zu Krüppeln und Siche gemacht hat, den  
Hunderttausende von Frauen ihr Witwenamt verdanken, die  
Millionen von Kindern den Vater raubte, der die Väter in  
Not und Elend, in Hungersnöte gestürzt hat.

Das sind die Folgen, die schließlich aus der kleinen An-  
nexion herorgegangen sind. In welcher fürchterliche Zustände  
würden wir hineingeraten, wenn es nun wieder nach dem  
Willen der Annexionisten ginge? Wenn nicht nur Frank-  
reich als der Übermächtige Deutschland gegenüber stände, son-  
dern die ganze Welt Deutschland und das deutsche Volk als  
einen Räuber und Störer des Weltfriedens betrachtete  
und dauernde Feindschaft zwischen den Nationen neues und  
heimliches Kriegsgeräusch und die Oberherrlichkeit der Reaktion  
in allen Ländern sicherte? Jeder Tag Kriegserweiterung  
bedeutet mehr an Opfern als irgend eine Annexion oder Ent-  
schädigung ausgleichen könnte. Dann wäre es vorbei mit  
aller Hoffnung auf wirtschaftliche und soziale Aufstiegs-  
möglichkeit, dann wären die Arbeiterorganisationen zerstückert.

Um was es sich also für uns als Gewerkschafter bei der  
ganzen Frage handelt, ist die Rettung der Existenz, die Mög-  
lichkeit, uns nach dem fürchterlichen Überfall wenigstens all-  
mählich wieder zu erholen, den Weg frei zu halten, „langsam  
zwar, aber doch nach vielen Jahren wieder auf die frühere  
Höhe der Lebenshaltung hinaufzusteigen, die Vorbereitun-  
gen zu schaffen für eine friedliche Zusammenarbeit aller  
Völker, zum Wohle aller!

Solche Ziele werden von den Eroberungspolitikern be-  
kämpft und in Frage gestellt. Schwarz und düster sah es  
bis vor kurzem noch aus. Ringsum ein Lichtblick, der einen  
Weg zeigte, der aus dem Dunkel und der entsetzlichen Trop-  
flosigkeit hinausführen konnte. Da kam die russische Revolu-  
tion mit der Herrschaft der Volkswirtschaft: Sie forderten alle  
Völker auf, für einen demokratischen Frieden einzutreten.  
Sie boten Deutschland den Waffenstillstand an.

Dem Waffenstillstand folgten Friedensverhandlungen.  
Als erste Bedingung forderten die Volkswirtschaft die Annerk-  
nung des Grundgesetzes: Keine Annexionen, keine Kriegsent-  
schädigungen, Selbstbestimmungsrecht der Völker! Und diese  
Grundfals sollte als Grundlage für allgemeine Friedensbe-  
dingungen gelten.

Theoretisch stimmten die deutschen Unterhändler diese  
Bedingungen zu, sie machten jedoch Vorbehalte, aus denen  
geschloffen werden konnte, daß sie trotzdem die Absicht he-  
gen, Kurland, Estland und Litauen Deutschland einzuverleiben.  
Schreiben doch selbst die armengeistigen „Leipziger  
Neuesten Nachrichten“:

„... Herr v. Rühlmann hat das Selbstbestimmungs-  
recht der Völker theoretisch anerkannt und praktisch durch  
überhand Windeläge so auslegen wollen, daß die von ihm  
bestehenden Gebiete auch weiterhin in unserer Hand bleiben  
offenbar hat er die Herren von der russischen Regierung für  
so fürcht gehalten, daß sie das Spiel nicht merken würden,  
das er mit ihnen trieb. Wenn er das wirklich geglaubt hat,  
dann müßte er eigentlich heute eines Besseren belehrt sein.  
Denn nach den vielen Funkprüchen, die inzwischen aus Rus-  
land zu uns gekommen sind, ist gar kein Zweifel mehr  
darüber möglich, daß der einzige Erfolg der Rühlmannschen  
Politik der gewesen ist: Die Russen haben das Vertrauen  
dazu verloren, daß wir eigentliches Spiel mit ihnen trieben.  
Sie glauben sich von uns betrogen und werfen uns hinter-  
hältigkeit und Doppelsinnigkeit vor.“

Diese Zweideutigkeit gab den Regierenden der Enten-  
länder denn auch den vielleicht willkommenen Anlaß, zu er-  
klären, Deutschland solle es nicht scheiden, darum müsse man

Friedensver-  
träge, die  
die Gegner  
Der Krieg,  
und die W  
sind man m  
als ob das  
in wolle, un  
setzt zu sch  
und habe i  
Sonderber  
be noch nicht  
Biederhofft  
an die Feldg  
ner Verjam  
für einen Be  
wurden, die  
fügt und hin  
einigen Sch  
Mit gleicher  
nung sie geg  
stärkung sta  
gebungen ist  
zum Abgero  
hat auch eine  
recht befeigt  
Verhältnisse  
verbunden  
schon zu et  
aufrieben, h  
aus beschlo  
bedeutet eine  
ante Zeit —  
nach der feua  
Begner des  
der politis  
er, das sind  
Gewaltstreb  
Ohnmacht  
gen, bedeute  
Ladungun

### in sozi

fa  
In einer De  
Gewerkscha  
einem logie  
den der Arb  
Bedeutung  
international  
nur Forber  
rügen, die i  
höhere Arb  
Begriffe, als  
„soziales“  
1. bis 4. O  
den Gewer  
tramen eine  
Zunahme m  
rechtshend  
gleiche Sch  
ein, jedoch  
berauskom  
Friedensver  
würde  
Belarmart  
nationale  
Berechtig  
ermogen de  
lobenden  
haben sich  
an verschie  
lebt nach  
Veränderun  
nen, daß s  
ber schon o  
den bederne  
der Wiltche  
eines W  
dam. Maß  
aufrecht ka  
ständig Sti  
muß man  
kapitalist  
ber gut, d  
sollt herv  
noch die  
aus haben  
Das Proge  
und begrün  
politische  
stricht L  
er, Arbeit  
Verficheru  
nichthom  
sozialist  
umgefü  
Eine Ruf  
einzelnen  
zu werden  
Bedürfnis



aus Erhöhung des Wirtschaftsgrundstückes im Sinne des § 4 Absatz 2 des Reichsversicherungsvertrages in Höhe von 10,50 Mk. für 100 Paar Weibschuhfabrikate;

2. Klage der Abstellung der Mitglieder der Firma Reichel, Frankfurt a. O. auf Zahlung bzw. Nachzahlung ab 20. Juni des Kriegszuschlages nach § 9 und der Leuerungszulage nach § 8 des Tarifes.

3. Klage des Arbeiterrats der Firma Haumann, Berlin-Wilhelmsberg auf Nachzahlung der Kriegszulage für die Zeit vom 20. Juni bis 20. September und Zahlung bzw. Nachzahlung der Leuerungszulage ab 20. Juni bis heute.

4. Klage des Arbeiterrats der Firma Hübshelm, Hamburg auf Zahlung bzw. Nachzahlung ab 20. Juni der Kriegs- und Leuerungszulage.

An der Sitzung haben teilgenommen: die Herren Magistratsrat p. Schulz als Vorsitzender, die Arbeitgeberbesitzer Jacques Ruff in Romawas, Helm, Jakobowski, Neudän, Ferd. Schach, Berlin; die Arbeitnehmerbesitzer: Wdh. Rottmeier, Berlin, Otto Beller, Romawas, Herrn. Scharf, Berlin.

Mit Ausnahme zu Klage 4 sind die Beklagten erschienen. Die Arbeitnehmer werden in allen Fällen vertreten durch den Bezirksleiter des Zentralverbandes der Schuhmacher, P. Hamacher, Berlin.

Zu Klage 1 erhebt Herr Schuler den Einwand, daß in seinem Betriebe Differenzen nicht beständen. Zum Beweise dieses legt er ein Schreiben vor, in dem der Arbeiterratsvorsitzende schriftlich erklärt, daß er mit den festgestellten, vorchriftsmäßigen Abreden der Firma einverstanden und keine Gründe vorlägen, die Lohnangelegenheit an die Schlichtungskommission zu verweisen.

Kläger betont, daß die Unterschrift des Arbeiterratsvorsitzenden durch unzulässigen Druck erlangt sei. Die Arbeiter selbst hätten laut eines in einer Betriebsversammlung angenommenen Antrages sich mit dieser Unterschrift nicht einverstanden erklärt und den Kläger beauftragt, die Klage einzureichen und die Klage zu vertreten. Kläger weist die angenommene Entscheidung, beglaubigt durch die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher vor.

**Entscheidung:**

Die Sache wird vertagt und dem Vertreter der Klage aufgegeben, sich bis zum nächsten Termin eine von einer Weisheit der Arbeiter unterzeichnete Vollmacht zu erwirken.

Zu Klage 2 erklärt Herr Reichel, den Lohn der Mitglieder im Antragsverfahren des Tarifes um 10 Prozent aufgebessert zu haben, wie der Tarif vorschreibe, daher habe er nicht die Verpflichtung, den Kriegszuschlag und die Leuerungszulage zu zahlen.

**Entscheidung:**

Die Sache wird vertagt und ein Arbeitgeberbesitzer beauftragt, mit dem Vertreter der Klager die Schlichtung auf die Richtigkeit der Beauptung des Beklagten zu prüfen und wenn möglich eine gütliche Einigung zu versuchen.

Zu Klage 3 weist Herr Haumann eine Befehinigung des Beileidigungsamtes des Garbelfores vor, daß sein Betrieb von der Militärverwaltung übernommen, er also nicht selbstständiger Inhaber sei und daher nicht unter die Bestimmungen des Tarifvertrages falle.

**Entscheidung:**

Der Schlichtungsanspruch erklärt sich für nicht zulässig.

**Gründe:**

Die Firma sei ein während des Krieges neu errichteter Betrieb, daher nicht als Mitglied der Herstellungs- und Betriebsgemeinschaft Berlin aufgenommen, unterliege nicht dem Ueberwachungsanspruch, der alleiniger Vertragschließender auf Seiten der Arbeitgeber sei. Dies treffe auch zu, seitdem die Firma von der Militärverwaltung übernommen worden sei.

Zu Klage 4. Firma hat in letzter Stunde einen umfangreichen Schriftlich eingereicht und ist selbst nicht erschienen. Die Sache wird daher auf unbestimmte Zeit vertagt.

**Mitteilungen.**

Breslau. In Sachen des Arbeiterratsmitglied des Theodor Gallat, Neustadt O. S., vertreten durch den Gewerkschaftsbeamten Paul Haler, Breslau, Mangartenstr. 17 gegen die Firma Johann Hanel in Neustadt O. Sch. ist in der Sitzung der Schlichtungskommission bei der Schuhwarenherstellung u. Betriebs-Gesellschaft, Breslau, Kiststraße 2 am 18. Januar 1918 folgender Vergleich zustande gekommen: 1) Der Kläger wird wieder eingestellt. Er erkennt an, daß die Nachzahlungen an die Arbeiter der beklagten Firma nach dem Weisheits-Tarif vom 20. Juni 1917 ab erfolgt sind. Er erklärt, daß er die Beauptung, die Nachzahlung an ihn und an die Arbeiter Weisheit, Weisheit und Regel seien nicht erfolgt, nicht angezettelt haben würde, wenn er gewußt hätte, daß sie in Höhe erfolgen würden. Der Inhaber der beklagten Firma erklärt, daß er nicht gewußt habe, daß die Nachzahlungen an die genannten Personen nicht erfolgt seien und daß er deshalb den Vorwurf, den Kläger habe mit seiner Beauptung, die Nachzahlungen seien nicht erfolgt, eine Bestimmung ausgesprochen, nicht

anspricht erhalten könne. 2) Der Inhaber der beklagten Firma zahlt an den Kläger 31 Mk. (in Worten: einunddreißig Mark) für den ihm durch seine Entlassung erwachsenen Schaden.

Schluss. Die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes der Schuhmacher feierte kürzlich unter starker Beteiligung der Mitglieder ihr 26jähriges Jubiläum. Der Kollege Koblber gab in seiner Festrede einen ausführlichen Rückblick über die Gründung und die gesamte Tätigkeit der Zahlstelle unter besonderer Berücksichtigung der verschiedenen Bewegungen, wie auf Zweck und Ziele und die allgemeine kulturellen Aufgaben der Arbeiterorganisationen hin und schloß mit einem warmen Appell zur Einigkeit und Geschlossenheit, um kommenden Kämpfen gewappnet und mit Ruhe entgegensehen zu können. Ein geselliges Beisammensein schloß die einfache und doch würdige Feier, welche für uns wiederum einen Markstein in der Geschichte der gewerkschaftlichen Organisation bedeutet. Möge die Zahlstelle weiterhin blühen und gedeihen.

**Bekanntmachungen  
des Zentralverbandes**

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für diese Woche vom 21. Jan. bis 27. Jan. der 4. Wochenbeitrag fällig ist.

Trotz wiederholter Bekanntmachung kommt es noch häufig vor, daß Mitglieder, die auf längere oder unbestimmte Zeit beurlaubt sind, sich bei den Ortsverwaltungen nicht anmelden und auch keine Beiträge zahlen.

Wir erwarten von diesen Mitgliedern, daß sie sich bei den Ortsverwaltungen oder Vertrauensleuten anmelden und sofern sie länger als 4 Wochen in Arbeit stehen, auch ihren Verpflichtungen der Organisation gegenüber wieder nachkommen und ihre Beiträge zahlen.

Hamburg, den 19. Januar 1918.

Der Vorstand.

**Bekanntmachungen  
der Ortsverwaltungen**

Burg. Für die Sterbefälle der Mitglieder Albert Schmidt und Minna Horn ist der 66. und 67. Sterbebeitrag fällig bzw. das 66. und 67. Feld auf der Lokalförderkarte zu fleben. Das Sterbegeld beträgt in jedem Falle 160 Mk. Eppendorf. Den Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß am 19. Januar die Mitgliederbücher zwecks Kontrolle eingezogen werden.

Freiberg. 1. Bevollm. Max Reichel, Weingasse 19. Revisoren: Clemens Dietrich, Kreuzgasse 1; Moritz Müllig, Untergasse 8. Alle Zuschriften sind an den Bevollm. Max Reichel zu richten.

Leipzig. Karl Wunsch, 1. Bevollm. Leipzig-Stötteritz, Eichdüb-straße 15; Gustav Varenreuther, 2. Bevollm. Leipzig, Floßplatz 25, Hof rechts; Hermann Förster, 3. Bevollm.; Karl Mader, Anton Stengel, Revisoren. Weisheitsfeld. (Sterbefälle). Welchen Nachteil für die Mitglieder der Sterbefälle die Aufhebung derselben mit sich gebracht, beweis die Wiederbelebung derselben, welche am 12. Oktober 1917 wieder in geordnete Bahnen geleitet wurde.

Es sind schon 7 Sterbefälle zu kassieren und für nachfolgende Mitglieder: Hennig, Wdh. Stengel, Frieda Häffner, Karl Prager, Karl und Frau Kollmer.

Die Kasse, die sehr segensreich gewirkt hat, seit 1908. Die Aufhebung hat bei verschiedenen Kollegen welche circa 60 Beiträge geleistet hatten und von mehreren oder deren Ehefrauen gestorben sind, große Mitleid und Erbitterung hervorgerufen, indem den gehörigen die in solchen Fällen so nötige Unterstützung. Die von den Weisheitsfeldern Kollegen geschickte Einrichtung erweist sich als eine vortreffliche, in Not bringende Maßnahme. Es ist deshalb zu erwarten, alle Kollegen und Kolleginnen sich daran beteiligen.

**Zentral-Kranken- und Sterbefälle  
Schuhmacher und verwandten  
russgenossen Deutschlands  
(Zweigstelle in Hamburg.)**

Gemäß § 25 der Satzung wird die

**14. ordentl. General-Versammlung**

hiermit auf Dienstag, den 21. Mai 1918 in Würzburg einberufen. Dieselbe beginnt am genannten Tage morgens 8 Uhr. Das Lokal, in welchem die

Sitzung stattfindet, wird später bekanntgegeben.

**Tagesordnung:**

1. Wahl des Bureau und der verschiedenen Kommissionen.
  2. Bericht des Vorstandes, des Aufsichtsrats und des Beschwerdekommisionen.
  3. Allgemeine Anträge.
  4. Wahl des Vorstandes, des Aufsichtsrats und des Kassamänner.
  5. Innere Kasangelegenheiten.
- (Die Wahlabteilung erfolgt in nächster Sitzung)

Da das Korrespondenzblatt nicht rechtzeitig bei uns eingetroffen ist, konnte es keine Beiträge nicht beigelegt werden.

Expedition des Schuhmacher-Fachblattes

**Zur Beachtung!**

Wer an das „Schuhm.-Fachblatt“ etwas zu berichten muß unter allen Umständen folgendes beachten:

1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben.
2. keine Blei- und auch keine Zintenstoffe verwenden.
3. nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Kürzungen z. vorgenommen werden können;
4. durch Korrekturen, Änderungen oder Zusätze Streichungen nicht das Manuskript unlesbar machen.
5. Namen und Siffern recht deutlich schreiben.

**Hornsohlen**

weis für die Güte der Sohlen, denn Schund darf zu so hohen Preisen nicht verkauft werden. Hornsohlen befriedigen den Anspruchsvollsten. Sind haltbarer als Leder, garantiert wasserdicht, elastisch und elegant. Besonders für steinigen Boden geeignet. Für Herren 6,70 Mk., Damen 6,35 Mk. pro Paar per Nachnahme. Bei Abnahme von 10 Paar ermäßigt sich Preis bedeutend. Probensendung von 2 Paar an. Sie werden auch im Frieden nur noch Hornsohlen verarbeiten.

gesetzl. geschützt, sind von der E.-S.-G. genehmigt und zugelassen. Schrecken Sie nicht vor anscheinend hohen Preisen zurück, sie sind hördl. festgesetzt. Es ist dies der beste Preis für eine gute Hornsohle. Sie werden auch im Frieden nur noch Hornsohlen verarbeiten.

**Neuheitenindustrie, Halle a. S., Friedrichstr. 5**

**Neuer Katalog** (ca. 170 Abbildungen) über **Schuhmacherwerkzeuge** (jeden erschlossen). - Versand gratis und franco. - E. Högke, Berlin, Köpflingerstraße 83.

**Handstanzmesse**  
Größe I 8,00 Mk. - II 7,50 Mk. - III 6,50 Mk.  
Fernruf 590 Amt Ohligk.  
Theo Dreuer, Wertheim 1. Golling

Eine gut erhaltene **Schuhmacherarmmaschine** mit kleinem Kopf oder dergleichen **eine Säulenmaschine** wird zu kaufen gesucht. Adressen bitte abzugeben.  
**Zentralverband der Schuhmacher**  
Weisheitsfeld a. S., Wertheimburgerstr. 14.

**Nachruf.**  
Als weiteres Opfer auf den Schlachtfeldern unserer langjährigen Mitglied und Unteroffiziers **Albert Schmidt.**  
Er war einer unserer Besten.  
Sein Andenken wird unvergessen bleiben.  
**Die Zahlstelle Burg b. M.**

# Beilage zum Schuhmacher-Fachblatt Nr. 4.

## Für unsere weiblichen Mitglieder.

### Weibliche Mitglieder in den Sektionsvorständen.

In der Gewerkschaft besteht reine Demokratie, volle Überredung und Selbstverwaltung. Gleiche Pflicht und gleiche Rechte! Dieser alte demokratische Grundsatz ist die Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation. In der Gewerkschaft gibt es daher auch keine Abstufung Rechte nach dem Alter und dem Geschlecht. Verschieden nur die materielle Leistung der Gewerkschaft an ihre Mitglieder, in allen Fällen, da verschiedene Beitragsklassen sind. Aber da haben die Mitglieder die freie Wahl, sie an sich der Beitragsklasse anzuschließen, die ihnen am besten paßt. Einige Beschränkungen sind unanfechtbar, so Beispiel die, daß sich erwachsene männliche Arbeiter der kleinsten Beitragsklasse mit 15 Rappen anschließen, die nur für die jugendlichen Mitglieder mit dem Verdienst bestimmt ist. Die demokratischen Rechte aktiven und passiven Wählrechts, das Versammlungsgesetz, der Redefreiheit usw. sind für alle Gewerkschaftsmitglieder gleich.

Die weiblichen Mitglieder können und sollen also alle Sektionsversammlungen ebenso besuchen, wie ihre männlichen Verbandsgenossen und sie sollen sich da auch an Diskussionen beteiligen und ihre Meinung frei von jeder Zwang sagen. Die Frauen sind geborne Rednerinnen, meistens nur im Privatgespräch mit den Freundinnen Nachbarinnen; sie sollen es aber auch in den Versammlungen sein und wenn sie da dem Ausdruck geben, wo sie sich drückt, ihren Räten und Wünschen, so wird ganz viel etwas Rechtes herauskommen. Erfahrungen und Beobachtungen in den Versammlungen bestätigen es.

Die seit einiger Zeit neuentstandenen Sektionen unser Verbandes haben gleich von Anfang an weibliche Mitglieder in den Vorstand gewählt. Es haben sich immer Gemein gefunden, die sich dazu bereit erklärten und im Verantwortung auch Funktionen übernahmen, so als Aktivistin und Korrespondentin und die Aufgabe wurde beständig erfüllt. Selbstverständlich stehen unsern Genossinnen andere Funktionen im Vorstand zu, sie können auch Aktivistin und Kassiererin werden, denn sie sind gleichberechtigt wie die männlichen Mitglieder. Auf den Kreisversammlungen in Karau erscheinen immer auch weibliche Delegierte und auf unserm letzten Verbandstag in Zürich waren fünf weibliche Delegierte anwesend.

Bei der Wahl von Genossinnen in den Sektionsvorständen ehren wir nicht nur unsere weiblichen Mitglieder, wir ehren dadurch auch ihre nützliche und wertvolle Mitarbeit. Es wächst ihr Interesse an der Organisation, sie werden deren hohe Bedeutung besser schätzen und würdigen sie gewinnen auch die feste Überzeugung von der Unverzichtbarkeit der weiblichen Mitglieder in der Gewerkschaft sowie von der unumgänglichen Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen. Unsere Aktivistinnen werden eifrig mithelfen, die weiblichen Mitglieder dem Verbands dauernd zu erhalten und wir weitere neue weibliche Mitglieder zu gewinnen, bis eine unorganisierte Arbeiterinnen mehr gibt.

In einer Organisation beider Geschlechter soll es auch eine Gemeinschaftsarbeit beider Geschlechter geben, wird nur einseitig gearbeitet. Und die weiblichen Mitglieder haben die gleichen demokratischen Rechte wie ihre männlichen Genossen, daß sie davon vollen Gebrauch machen, sich am besten betätigen. Sie werden dabei Befriedigung finden und ihr Selbstbewußtsein, ihre eigene Wertschätzung ihre Selbstachtung wird steigen, welches neue moralische Werte sich auch nach außen geltend machen wird.

Und darum möchten wir alle unsere Verbandssektionen ersuchen, in den in den nächsten Wochen stattfindenden Versammlungen bei der Wahl des Vorstandes und der Sektionsvorstände auch weibliche Mitglieder zu wählen. Am Form und Kufftieg der Arbeiterklasse sollen beide Geschlechter des Proletariats gemeinschaftliche wirksame Arbeit in der organisierten Selbsthilfe leisten.

(Aus der Schweiz. "Lebendarbeiter-Zeitung".)

erforderlicher, sich entwickeln, Pflege verlangen, heranwachsender, der Erziehung bedürftiger Kinder eine fast unbegrenzte Fülle arbeitsreicher Pflichten. Der robuste Mann hat seine abgegrenzte Berufstätigkeit außer dem Hause, während das Familienleben ihm die Kraftquelle bedeutet, deren Kraftspenderin die Frau ist. Die befähigte, für das Staatsleben tüchtige Frau wird sich ihren Pflichten als Politikerin nicht widmen können, ohne in Zwiepsalt zu geraten! Sie wird genötigt sein, ihr angeklammertes Arbeitsfeld Fremden zu überlassen, nicht zum Nutzen des Familienlebens. Ihre neuen Pflichten werden die Frau nicht als Stütze des Staates sehen, sondern es wird unvermerkt eine gehrende Miniarbeit an der heiligsten Grundstufe jedes Staatswesens, an der Familie geschehen! Dieses von des Volkes Wertvollsten, Pflichttreuesten! Von der Menge ober der Wähler und Schreier haben wir nicht die Bewirtlichung der von uns erstrebten Ziele zu erwarten.

Wladimir Bogdan-Langardien spricht sich folgendermaßen aus: "Ich glaube, daß politische Wahlkämpfe, wie sie das gleiche und direkte Wahlrecht mit sich bringt, so kulturgestaltend sind, daß es notwendig ist, die Frauen wenigstens davon fernzuhalten, wenn schon die Männer sich durchaus noch mehr wie bisher in diesen Abgrund stürzen wollen. Ich glaube, daß es kein ungerechteres Wahrspruch gibt, als das allgemeine und gleiche, denn die Menschen sind ungleich, und ungleich sind ihre Beziehungen zum Staat. Ich glaube, daß wir Frauen jetzt in dieser Zeit, da unsere Männer ihr Leben draußen für uns lassen, nichts tun dürfen, was die Rechte dieser Männer antastet, und es ist klar, daß das Frauenstimmrecht die Rechte der Männer beeinträchtigt. Daher muß diese Frage ruhen, bis unsere Männer zurück sind und ihre Rechte wahrnehmen können. Ich glaube, daß das allgemeine und gleiche Stimmrecht auch noch auf die Frauen übertragen, das Uebel verdoppeln würde, und das Geschick unseres Landes der Herrschaft der ungebildeten Massen doppelt ausliefern würde. Dagegen muß ich kämpfen, denn ich liebe mein Vaterland!"

An den Joden pinnt dann weiter Frau Rütger-Gebauer Nicola-Hammer:

"In dieser unheilswangeren Kriegszeit, die uns sowie so schon soviel Leid und Wirris bringt, müssen wir das Gepeinigt des Frauenwahlrechts mit Riesenschritten näherkommen sehen. Als ob das das Staat helfen könnte! Als ob eine Handvoll begabter Frauengebörner unsere Staatsmaschine besser in Gang brächte, als das jahrelang mehr oder weniger gekaupte unserer deutschen Männer! Wo bleibt das Paradies des Hauses, die Ruhe und friedliche Stille des häuslichen Herdes, wenn auch die Mütter außer ihren mannigfachen Pflichten in und außer dem Hause sich noch um die Politik intensio kümmern! Unsere erste Pflicht ist und bleibt doch: unseren Männern auf allen Gebieten eine treue Gehilfin, unseren Kindern treueste Hüterin in allen äußeren und inneren Bedürfnissen zu sein. Mittelpunkt des Hauses, mit nimmermüdem Interesse ihre großen und kleinen Interessen teilend, ihnen alles Große, Gute und Gütliche vorlebend und anerkennend."

Frau Direktorin Annie Schulte, Landfrauenvereins Sektionsleiterin, sagt ihre Ansichten auch in einer Antwort des Frauenstimmrechts zusammen, denn, so sagt sie: "Die Stärke der Frau liegt ihrer Veranlagung nach in dem Schaffen für persönliche Ziele und persönliche Werte, für das Ferne und Persönliches anwendbare Meinung, Anschauung, Idee sich mit der Kraft ihres Willens einzusetzen, dazu fehlt der Durchschnittsfrau die Schwungkraft und bei der Vielgestaltigkeit ihrer Tagesarbeit auch die Spannkraft der Nerven. Die Frau wird im großen und ganzen abstimmen wie ihr Mann, die Töchter vielfach wie der Vater, die Schwester wie der Bruder usw., also kaum kommt eine andere politische Stimmungslage heraus, als die jetzt da ist, nur die einzelnen Parteien werden im fast gleichen Verhältnisse ihres derzeitigen Bestandes sich numerisch verstärken, und darauf kann es doch nicht ankommen. Die Zahl der Frauen, die sich selbständig politisch entscheiden werden, wird verschwindend gering bleiben. Denn das Frauenstimmrecht soll nicht nur Aufgaben und Verantwortlichkeiten bringen der einseitigen oder der durch ihren Vorwitz schon mehr aus dem Hause herausgezogenen Frau, sondern auch der mit und durch ihren Beruf im Hause stehenden Frau, der Hausfrau und Mutter. Nimmt diese Frau aber die neue politische Pflicht mit dem zu erwerbenden Verantwortlichkeitsgefühl noch mit hinein in ihren Pflichtkreis, dann bedeutet das eine zu starke Belastung der Frau — die Frau leidet aber ihr Pflichtkreis. Denn das Frauenstimmrecht kann doch nicht damit seine Erzielung finden, daß die Frau einmal alle fünf Jahre einen irgenwobher bezogenen Stimmzettel in die Wahlurne steckt, — dies als Kulturerhöhung anzusehen, wird doch wohl keinem Menschen einfallen. Wenn wir daher nach allem das politische Frauenstimmrecht für unseres Volkes Heil nicht als Notwendigkeit und für das Frauengefühl nicht als Segen betrachten können, wohl aber für des Volkes Heil als Notwendigkeit die starke, ungetriebene, gefühlige und gesammelte Frauenhilfe in ihrem

ganzen Reichtum als Mittelpunkt dem Hause und des Ganzen in die erhalten wissen möchten. — So sehen wir diese Anschauung nicht als eine rüchändige Forderung an, durch die der Typus der nur "stumpfsinnigen" Frau und Gattin und Mutter befürwortet werden soll. Wir möchten die Forderung: "Die Frau dem Hause!" als eine durchaus "zeiße" betrachtet haben, — ja, wir möchten ihr, entsprechend der Forderung der jetzigen Zeit, sogar die Forderung geben: "Die Frau wieder mehr dem Hause!" Und gerade an die Frau richte sich der Ruf, die ihren Blick geweitet hat über den oft nur engen, oft zu engen Kreis des Hauses hinaus."

Also reden die berufenen Vertreterinnen der — besitzenden und herrschenden Kreise. Daß diese Damen das Frauenstimmrecht ablehnen, sind wir erstlich, denn die politische Gleichberechtigung der Frau würde ihnen ja Some der Rechte nehmen, die sie durch ihre Männer genießen, Rechte, die ihnen die herrschende soziale Stellung sichert. aus der heraus sie, gegen das Volk, urteilen. Wenn wir ihre Ablehnung gegen das Frauenwahlrecht erklären, wir könnten sogar sagen: natürlich sind, weil die Damen damit ihre eigenen Bevorzugungen verteidigen, so müssen wir doch ihre Begründungen ablehnen.

Von den Millionen von Frauen, die ein Heim kaum noch dem Namen nach, vorwiegend nur noch als Schlafstelle kennen, weil sie tagsüber — oft auch nachts — draußen im Dienste des Kapitals sich abrackern, davon haben diese Damen anscheinend keinen blässen Schimmer. Ober aber — die Millionen Frauen des Volkes rechnen für sie überhaupt nicht; für sie kommen nur die Guts- und sonstige Herrscherinnen in Betracht. Daß ihre Vorrechte ungezählten Frauen des Volkes Heim, Haus und Familie rauben, sie hinausstoßen als Sklavinnen der Erwerbsarbeit, das kümmert diese — deutschen Frauen nicht.

Die Arbeiterinnen mügen daraus erkennen, daß sie bei ihren bevorrechteten Geschlechtsgenossinnen nicht auf Hilfe rechnen können. Jene fühlen sich als Angehörige der herrschenden und mit Privilegien ausgestattet Klasse. Für diese begeistern sie sich. Und den Kampf für Sonderrechte — auf Kosten des Volkes, führt man unter der falschen Flagge des jogen. Frauennutzes, der Heiligkeit des Hauses, der Krone des Heims und wie die Schlagworte alle lauten.

### Für das Frauenwahlrecht.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Januar, in der keine der bürgerlichen Parteien für die unbeschränkte politische Gleichberechtigung der Frauen eintrat, machte Genosse Ströbel u. a. folgende Ausführungen: Die Frauen sollten sich nicht an den schönen Redensarten genügen lassen, mit denen sie hier abgesperrt würden, sondern nun erst recht den Kampf um das Wahlrecht führen. Eine große Zahl von Frauen hat nicht die Möglichkeit, eine Ehe zu schließen. Aus 50 Prozent aller erwachsenen Frauen waren 1907 verheiratet, die anderen sind also auf Berufsarbeit angewiesen. In der Landwirtschaft allein waren damals vierzehnhundert Millionen Frauen im Hauptberuf tätig. Deshalb müssen die Frauen auch im politischen Leben mitreden dürfen. In der Industrie waren 1907 2,1 Millionen Frauen beschäftigt. Da die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Frauen immer mehr zur Berufsarbeit zwingt, kann man nicht mehr sagen, daß die Frau im öffentlichen Leben nichts zu tun habe, sondern in die Familie gebore. Nicht aus patriarchalen Sinn, sondern aus bitterer Not haben die Frauen im Kriege ihre Arbeit gegriffen, weil die männlichen Kriegsheilighen nicht für den Lebensunterhalt ausreichen. Nur die Arbeit der Frau hat die Rüstungsindustrie der Macht haben aufrecht erhalten, und zum Dank dafür sollen die Frauen rechtlos bleiben. In Kunst und Wissenschaft hat die Frauenwelt Talente hervorgebracht, die turmhoch über dem Durchschnitt der Männer stehen. Die Frauen müssen das aktive und passive Wahlrecht in Staat und Gemeinde haben. In vielen anderen Staaten besteht das Frauenwahlrecht, in England das Unterhaus und Oberhaus mit großer Mehrheit es gut heißen. Da behaupten die Herren hier immer noch, das geht uns nichts an. So isoliert kann aber Deutschland in der Welt nicht dastehen. Bei uns herrscht aber die Willkürherrschaft, die Eroberungskriege führen will. Im Auslande meint man, unser Volk sei vom bösen Geiste befallen, aber es ist ja nur eine Kinderheit, die hier durch die Willkürherrschaft herrscht. Die Kriegskosten sind uns Ungeheures gestiegen (Präsident Graf von Schwerin-Bowig verweist den Redner auf die Sache), in der Wahlrechtskommission ist von den Kriegskosten und Steuerlasten in Verbindung mit dem Wahlrecht der Arbeiter gesprochen worden, ebenso kann ich hier bezüglich des Wahlrechts der Frau darüber sprechen. Jedenfalls sind Maßnahmen erforderlich, um bei der Ausbringung der Listen die Interessen des Proletariats zu wahren. Die Konventionen wollen das gleiche Wahlrecht nicht geben, wir werden nicht ablassen zu kämpfen, bis wir es erreicht haben. Nur der demokratische Völkerverbund kann dem imperialistischen Kriege ein Ende bereiten. (Beifall bei dem H. G.)

In der Sitzung am 16. Jan. hat das Abgeordnetenhaus...

Langzeitige deutsche Frauen für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsverpflichtungen und für das Frauenwahlrecht.

Der Deutsche Zweig des Internationalen Frauenbundes...

Das Frauenwahlrecht angenommen.

Während in Preußen die Junker sich hartnäckig dagegen...

Das Frauenwahlrecht angenommen.

Während in Preußen die Junker sich hartnäckig dagegen...

Das Abgeordnetenhaus in den Vereinigten Staaten...

Eine Frau als Unterstaatssekretärin in Russland.

Die Revolution hat den russischen Frauen nicht bloß...

Eine Frau als Vertreterin der russischen Regierung bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Das letzte Haar des deutschen Phylisters wird sich...

Frauen. Gerade diese Volkserreiter sollen sich sehr...

Literarisches.

Langs, Lohnarbeit und Kapital während...

Der Waldsteig.

(Fortsetzung.)

Nach diesen Worten zog sie ein Messer aus der Tasche...

„So“ sagte Maria, „da halt Ihr jetzt ein Körbchen...

„Sie gingen nun wieder in derselben fast häßlichen Art...

als das heutige ist. Wohl! Ihr mit mir sammeln gehen...

„Liebe wohl, Maria,“ antwortete Eiburtus. Sie ging...

„Nun nun an war er noch zweimal mit ihr. Das erste...

„Dieser freundliche, warme Tag war wirklich der letzte...

zu ihm herüber, sondern sie war gar nicht mehr...

„In der Gegend, in welcher Eiburtus' Landhaus...

„Im Winter nahm er einmal hohe Stiefeln...

(Fortsetzung folgt.)

Large vertical advertisement on the right side of the page, partially obscured by the page number.

Vertical text on the far right edge of the page, possibly a continuation of an advertisement or a notice.